

ALLE GEGEN MARTY

Text Miklós Gimes Bilder Helmut Wachter

Ständerat Dick Marty soll klären, ob europäische Regierungen US-Geheimgefängnisse dulden. Doch niemand hilft ihm, auch die Schweiz nicht. Eine Spurensuche

Marty ist zuversichtlich. «Ich bin sicher, dass die Wahrheit ans Licht kommen wird.»

«Aber wie?»

«Die Leute werden reden. Früher oder später. Leute, die dabei waren. Die wirklich etwas wissen.» Marty lehnt sich zurück. Hinter dicken Brillengläsern blitzt kurz sein Blick auf. Woher nimmt er die Zuversicht? Was weiss Marty, was wir nicht wissen? Oder ist er naiv? Weltfremd?

Ich traf Dick Marty zum ersten Mal im Bundeshaus während der Dezembersession. Einige Tage zuvor hatte er in Paris seine erste Pressekonferenz als europäischer CIA-Jäger gegeben. Die amerikanischen Medienberichte über Geheimgefängnisse in Osteuropa verlangten nach rascher Aufklärung. Eine Gruppe mutmasslicher Topterroristen, so genannte hochwertige Gefangene, soll an unbekannte Aufenthaltsorte im Osten gebracht worden sein. Black Sites nennen die Geheimdienstler die Gefängnisse; «schwarze Orte», der Name schien Programm.

Spekulationen über mögliche Lokalisierungen in Osteuropa wurden zum Tagesthema. Aussagen von Entlassenen und Verhörprotokolle gibt es keine. Unbestritten ist einzig, dass 27 Gefangene aus dem Blickfeld des Internationalen Roten Kreuzes oder von Menschenrechtsorganisationen verschwunden sind. Polen und Rumänien, die von ABC News und Human Rights Watch als mögliche Gefängnisländer bezeichnet worden sind, wiesen die Anschuldigungen empört zurück. Die «Washington Post», die als Erste über die Black Sites geschrieben hatte, schwieg sich aus. Am Telefon bat Dana Priest, Autorin des Artikels und seit Jahren auf Geheimdienste spezialisiert, um Verständnis. Amerikanische Regierungsstellen hätten die Zeitung gebeten, keine einzelnen Länder zu nennen.

Grosses steht auf dem Spiel. Rumänien möchte im Jahr 2007 unbedingt in die EU. Polen fürchtet um seinen Ruf als Rechtsstaat. Was aber, wenn sich herausstellen sollte, dass die Geheimgefängnisse der CIA mit europäischen Politikern abgesprochen waren? Was, wenn europäische Politiker stillschweigend gebilligt hätten, dass auf europäischem Boden Menschen ohne Prozess festgehalten werden? Dass europäische Flugrouten zum Transport von Gefangenen benutzt werden, die mit Folter zum Reden gebracht werden sollen? Es wäre das Ende von Europas Glaubwürdigkeit. Mit welchem Recht würde dann Europa von der Türkei Rechenschaft verlangen können? Von Russland? Von China? Das Problem

ist, dass sich die Sache nicht unter dem Deckel halten lässt. Erbitterte Diskussionen zwischen Pentagon und Geheimdiensten führen zu Lecks, durch die kompromittierende Enthüllungen in die Medien abfließen. Und das System produziert Fehlleistungen, Missverständnisse, Schlampereien.

Da ist der Fall des kanadischen Computerfachmanns Maher Arar, der im Herbst 2002 plötzlich verschwindet und ein traumatisches Jahr in einer syrischen Gefängniszelle verbringt, bevor man ihn wieder laufen lässt, weil man ihn mit

jemandem verwechselt hat. Der deutsche Autohändler Khalid el-Masri, auch er Opfer einer Verwechslung, wird auf einer Reise nach Mazedonien am Silvesterabend 2003 entführt, nach Kabul, wo man ihn verhört und misshandelt, bevor er auf einer Landstrasse in Mazedonien wieder ausgesetzt wird.

Abu Omar, politischer Flüchtling in Mailand, endet nach seiner Verschleppung in den Händen der ägyptischen Geheimpolizei. 22 Leute der CIA sollen im Februar 2003 an der Operation teilgenommen haben. Ihr Pech war, dass eine Passantin auf der Strasse beobachtet hat, wie Abu Omar in einen Lieferwagen gezerrt wurde. Inzwischen hat die Mailänder Staatsanwaltschaft

22 Haftbefehle ausgestellt.

Arar, el-Masri und Abu Omar sind gezielt an Folterstaaten zum Verhör weitergereicht worden, um sie nach den Worten eines CIA-Mannes «auszupressen wie eine Zitrone». «Extraordinary rendition», ausserordentliche Übergabe, nennt man dieses System, bekannt sind rund 150 Fälle. Langsam dringt auch an die Öffentlichkeit, in welchem Masse auch andere westliche Staaten beteiligt waren. Dass Kanada den Amerikanern den Tipp gab, Maher Arar zu verhaften, gehört zur Routine internationaler Terrorbekämpfung. Dass aber kanadische Polizeibeamte nach Damaskus geflogen sind, um die unter Folter erpressten Verhörprotokolle zu studieren, ist eine neue Dimension. Die Ernennung des 61-jährigen Dick Marty zum Berichterstatter über Menschenrechte und Antiterrorkrieg war ein Signal, dass die Öffentlichkeit sich um die Zukunft des Rechtsstaats zu sorgen begann.

«Ich werde überschwemmt», sagte Dick Marty und zog das Natel aus der Tasche seines grauen Flanelljacketts, während der deutsche Reporter, der vor mir sein Interview gemacht hatte, das Tonbandgerät einpackte. Marty kontrollierte, wer angerufen hatte. «Ich nehme nicht mehr ab», sagte er. Er stehe nicht gern im Schaufenster. Er sei ein Einzelgänger.

«Sie stehen im Schaufenster, ob Sie wollen oder nicht», sagte ich. «Für die Bürger sind Sie jetzt Mister Anti-CIA, der in Osteuropa Gefangene befreit.»

«Realistisch betrachtet, fühle ich mich wie ein Radfahrer, der gegen einen Ferrari um die Wette fährt», sagte Marty. «Mountainbike gegen Ferrari. Sind Sie sicher, dass Sie diese Geschichte schreiben wollen?»

Marty sagte, sein Stab in Strassburg bestehe aus zwei Leuten. Er könne nicht nach Rumänien reisen und sich Bunker zeigen lassen, wo die Gefangenen längst weggebracht worden sind. Er sei darauf angewiesen, dass Journalisten und Menschenrechtsorganisationen ihm zur Seite stünden. «Ich habe schon viel erreicht, wenn sich die Parlamente in europäischen Ländern mit der Frage beschäftigen. Die europäische Haltung ist heuchlerisch», sagte er. «Die Regierungen tun alles, um die Amerikaner nicht zu provozieren. Europa legt sich nur dann mit den USA an, wenn Geld im Spiel ist.»

Der europäische CIA-Jäger, der in Wirklichkeit General einer Truppe von NGOs und Journalisten ist, sass in seinem grauen Anzug vornübergebeugt im Fauteuil. Mit seiner introvertierten Art hatte Dick Marty tatsächlich etwas Einsames, Verlorenes. Ab und zu grüsste er einen Kollegen aus dem Ständerat.

«Sali Hans.» «Salut Michel.»

«Was ist Ihr Plan?»

«Ich will den Druck hochhalten», sagte er. «Ich sehe mich als moralische Autorität. Ich kann ein Klima schaffen, das Leute, die direkt beteiligt waren, dazu bringt, zu reden.» Er nehme die Medienberichte über die CIA-Gefängnisse in Ost

europa ernst, sagte Marty. «Die Gefängnisse gibt es, davon bin ich überzeugt. Hinter den Zeitungsberichten steht ein Insider, der mit der Strategie der Geheimdienste nicht einverstanden ist.»

«Warum versuchen Sie nicht, mit ihm Kontakt aufzunehmen?», fragte ich.

«Mein Feld ist Europa», sagte Marty.

Mehr Ungehorsam

Die Politik entdeckt hat Marty im Jahre 1956.

Als 11-Jähriger. «Ungarn, Suez und der Algerienkrieg haben mich in Atem gehalten», erzählte er begeistert beim Mittagessen. «Wenn de Gaulle

eine Pressekonferenz hielt, habe ich die Schule geschwänzt und Radio gehört.» Aufgewachsen ist Marty im Tessin. Die Eltern waren protestantische Zuwanderer aus der Westschweiz. Als Kind war er schwer sehbehindert. Marty war ein begeisterter Pfadfinder, dort fand er den Kontakt zum wirklichen Leben, den ihm seine schwache Sehkraft lange verwehrt hat.

Im Parlament gilt Marty als «linker Freisinniger», der zum Beispiel für die Cannabis-Freigabe votierte. Ein weiter Weg für einen, der vor fünfzehn Jahren als Vertreter von «law and order» in den Ständerat gewählt worden war, nachdem er sich als Staatsanwalt des Tessins im Kampf gegen Drogenschmuggler und Geldwäscher einen Namen gemacht hatte. «Meine Ermittlungen haben damals Bundesrätin Kopp zu Fall gebracht», sagte er, und man hörte den Stolz. Die amerikanische Regierung hat ihn mehrfach für seinen Kampf gegen das organisierte Verbrechen ausgezeichnet. Marty lachte. Er sei vermutlich der einzige Schweizer, der zwei Awards of Honour besitze. «Mein Bruder ist nach Amerika ausgewandert. Mein Neffe diente in der Air Force. Ich habe nichts gegen Amerika. Aber man darf die Tyrannei nicht mit Tyrannei bekämpfen.»

Am 24. Januar sollte Marty dem Europarat einen ersten Zwischenbericht vorlegen. Wir hatten ausgemacht, uns ein paar Tage vorher in Bern zu treffen. Der abgefangene Fax der ägyptischen Botschaft, den der «SonntagsBlick» zum endgültigen Beweis für die Existenz der CIA-Gefängnisse in Rumänien hochschrieb, gab Martys Mission kräftig Schub. Marty stellte sich kühn hinter den Unbekannten, der das Dokument dem «SonntagsBlick» zugespielt hatte. Ohne undichte Stellen in der Administration könne die Demokratie nicht funktionieren, sagte er auf dem «heissen Stuhl» von SF DRS. Er forderte mehr Ungehorsam. «Wer etwas loswerden möchte, soll sich melden», sagte er.

Als ich ihn auf die Sendung ansprach, erzählte Marty von einem arabischen Bankier aus Campione, der als «Geldgeber des 11. September» auf einer Terroristenliste der Uno gelandet sei. Drei Jahre habe die Bundesanwaltschaft ermittelt, aber nichts gefunden. Das Verfahren sei eingestellt worden. Trotzdem dürfe der Bankier das Land nicht verlassen, und sein Vermögen sei immer noch bei der Nationalbank blockiert. Er habe diese Ungerechtigkeit im Ständerat zur Sprache gebracht. Ratskollegen hätten ihn unterstützt. «Diese Uno-Resolution widerspricht allen Rechtsprinzipien», habe er gesagt, «wir dürfen sie

nicht mehr anwenden.» «Wir müssen gehorchen», habe Bundesrätin Calmy-Rey erwidert, «das Uno-Recht steht über unserem Recht.» «Entschuldigen Sie, Frau Bundesrätin», habe Marty geantwortet, «seit Nürnberg muss das Argument des Gehorsams mit Vorsicht gebraucht werden.»

Ich fragte Marty, wie weit er schon mit seiner Untersuchung sei.

Er sei in Mailand gewesen, sagte Marty. Staatsanwalt Armando Spataro habe ihm die Akten der Ermittlung gegen die Entführer von Abu Omar gezeigt. «Ich bin zufrieden, darauf lässt sich etwas aufbauen», sagte er. «Die Italiener haben gute Arbeit geleistet. Wissen Sie, die Amerikaner haben vergessen, dass wir Europäer schon ein paar Kriege gegen die Terroristen gewonnen haben, in Italien, Deutschland, Nordirland.»

«Der internationale Terrorismus hat eine andere Dimension als die Roten Brigaden», sagte ich.

«Die amerikanische Strategie ist kontraproduktiv», entgegnete Marty. «Sie schafft Märtyrer und Sympathisanten. Die Amerikaner müssten die Terroristen vor Gericht stellen. Aber sie können nicht, weil unter Folter erpresste Aussagen in einem Prozess keinen Wert haben. Jetzt wissen sie nicht, was sie mit den ausgepressten Terroristen machen sollen und verschieben sie von einem Geheimgefängnis zum anderen.»

Neuigkeiten zu den angeblichen Black Sites in Osteuropa hatte Marty keine. Er habe Satellitenbilder angefordert, sagte er, und die Daten der Flugbewegungen über dem europäischen Luftraum. Als wir uns verabschiedeten, sagte Marty unvermittelt, Ende November habe er Botschafter Balsaretti getroffen, die rechte Hand von Frau Calmy-Rey. Er habe ihn gefragt, ob das Departement mit Informationen aushelfen könne und selbstverständlich Vertraulichkeit zugesichert. Ein ähnliches Gespräch habe er zwei Wochen später mit dem Chef des Bundesamtes für Polizei, Jean-Luc Vey, geführt. Seither habe er von beiden Ämtern nichts mehr gehört. «Keiner der Bundesräte hat mich zu einem Gespräch eingeladen», sagte Marty, «vom berühmten Fax habe ich aus der Zeitung erfahren, obwohl der Text seit Wochen auf beiden Ämtern vorlag. Ich hätte ein Gesuch stellen müssen, habe ich später auf Umwegen gehört. Vielleicht gar auf einem amtlichen Formular?»

Strassburg ist der Ort der letzten Hoffnung. Stumm standen Gruppen von Menschen mit Transparenten vor dem Gebäude des Europarats. Wer sonst hat ein Ohr für chinesische Dissidenten, Tschetschenen, Tibeter, slowakische Roma? Marty's Pressekonferenz wurde von den Journalisten überrannt. Er sprach von amerikanischen Gangstermethoden und vom Outsourcing der Folter, sagte aber zu Osteuropa nichts Neues. Er wirkte etwas steif, aber mit der Überzeugungskraft eines Mannes, der im Recht ist. Doch sein Auftritt hat die britischen Journalisten nicht beeindruckt, die in der Medienwelt das grösste Prestige geniessen. «Sie liefern eine Sammlung von Zeitungsausschnitten», sagte der Korrespondent des «Guardian». «Warum machen Sie nicht eine eigene Untersuchungsbehörde? Mit dem ganzen Gewicht des Europrates?» Marty blieb ungerührt. Am nächsten Tag machte sich die «Financial Times» über ihn lustig: «Marty hat über seinen schweren Job gejamert, aber er wird sicher wieder mit neuen Enthüllungen zurückkommen, sobald er sie in den Zeitungen gelesen hat.» Ich beschloss, in Rumänien nach Beweisen zu suchen.

In Bukarest war es grau und kalt. Marty hatte mich gewarnt. «Die Rumänen machen dicht. Sie sagen nichts. Ihr einziges Ziel ist der Beitritt zur Europäischen Union.» Ich spürte, dass diese Reise unter dem Titel stehen würde: «Wie ich die CIA-Gefängnisse suchte und nicht fand». Zum Beispiel gibt es in

Rumänien allein neun Geheimdienste. «Die Rumänen trauen einander nicht. Informationen sind eine Form der Macht. Je grösser das Insiderwissen, desto grösser das Ansehen», sagte eine Engländerin, die im Bukarester Büro der Associated Press arbeitet. Rumänien hatte auf die Untersuchung des Europarats mit einer parlamentarischen Kommission geantwortet, die versprach, der Frage der Geheimgefängnisse schonungslos nachzugehen. Am ersten Tag traf ich Senatorin Norica Nicolai, die Vorsitzende, eine Juristin um die fünfzig. Sie trug eine leuchtend rote Lederjacke, hatte die Beine übereinander geschlagen und rauchte lange Filterzigaretten. Die Kommission hatte die Absicht, sich aus erster Hand informieren zu lassen. Vorgesehen waren auch Reisen nach Michael Kogalniceanu und anderen Stützpunkten, wo amerikanische Flieger gelandet waren. «Wir arbeiten auch mit Dick Marty zusammen», sagte Nicolai, «aber bis jetzt hat er uns noch keine hilfreichen Informationen liefern können.»

«Können Sie sich überhaupt vorstellen, dass die Amerikaner so etwas machen?»

«Zum jetzigen Zeitpunkt: nein», sagte Nicolai. Ich fragte sie, ob die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union die Arbeit der Kommission nicht überschatten würden?

«Das Thema ist für die öffentliche Meinung sehr sensibel, wir wissen das», sagte sie, «aber die Wahrheit herauszufinden liegt auch im Interesse Europas.» Unterdessen war Senator Szabo, ein weiteres Kommissionsmitglied, zu uns gestossen. Der Ingenieur aus Siebenbürgen hatte schon etwas getrunken. «Was ist das Problem?», fragte er, «was ist der Kummer? Ich werde es euch sagen: dass der Konflikt zwischen der EU und den USA auf unserem Rücken ausgetragen wird. Das ist der Kummer, das ist das Problem.»

Rumänien ist seit 1997 ein strategischer Partner der USA. Obwohl erst seit 2004 Mitglied der Nato, hat sich das Land im Irak und in Afghanistan mit dem zweitgrössten Truppenkontingent aller ehemaligen Ostblockstaaten beteiligt. Vor einem Jahr hat George W. Bush Bukarest besucht und sich für die Solidarität bedankt. Letzten Dezember hat Rumänien den USA das Recht auf vier militärische Stützpunkte zugesichert, der Vertrag sollte 2007 in Kraft treten. Als einer der Architekten der rumänisch-amerikanischen Partnerschaft gilt der ehemalige Aussenminister Adrian Severin aus der Partei der Sozialdemokraten.

Severin, ein nüchterner Querdenker, vertritt Rumänien im Europarat. Er meinte, an den Geheimgefängnissen könnte etwas dran sein. «Ich sage nicht, dass es so war, aber vorstellbar ist es.» Rumänien habe in den letzten Jahren gegenüber Amerika peinliche Servilität an den Tag gelegt. «Die Amerikaner konnten auf dem Flugwaffenstützpunkt Michael Kogalniceanu machen, was sie wollten, obwohl er von den Rumänen betrieben wurde», sagte Severin. «Ich kann mir vorstellen, dass es dort vielleicht ein paar Gefängnis-Container gegeben hat, so etwas. Ich fand es nämlich seltsam, dass Präsident Basescu betont hat, es habe keine Baulichkeiten für Gefängnisse gegeben. Ich habe ihn genau beobachtet, und ich kenne seine Körpersprache.»

«Wird man je etwas herausfinden können?»

«Ich glaube nicht», sagte Severin. «Mit etwas Glück stossen wir vielleicht auf etwas. Aber wir werden nie genau herausfinden können, was wirklich geschah. Es ist möglich, dass die Amerikaner niemanden informiert haben. Vielleicht dachten sie, dass die Rumänen sowieso nicht genau nachschauen. Sie hatten nie eine hohe Meinung von uns.»

Wenn jemand über Geheimgefängnisse im Land hätte Bescheid wissen müssen, ist es Adrian Severins

ehemaliger Vorgesetzter, Ion Iliescu, der Rumänien bis 2005 regiert hat, einer der historischen Führer der rumänischen Revolution von 1989, eine umstrittene Figur mit charmanten Umgangsformen und einem brutalen Machtinstinkt. Unser Gespräch, das von einem Bodyguard verfolgt wurde, ist schnell erzählt: «Geheimgefängnisse in Rumänien sind eine Erfindung. Es gab sie nicht. Punkt», sagte Iliescu bestimmt und lächelte. «Nach dem 11. September haben wir dem amerikanischen Militär erlaubt, auf zwei Flugplätzen zwischenzulanden. In Michael Kogalniceanu und Temesvar. Das ist alles.»

«Waren die Flughäfen unter rumänischer Kontrolle?»

«Beide Flughäfen haben zivile und militärische Zonen, die von rumänischem Personal betreut werden.»

«Konnten die rumänischen Behörden wissen, was in den Flugzeugen geschieht?»

«Flugzeuge sind Territorien ihrer Herkunftsstaaten, das wissen Sie genauso wie ich.»

«Können Sie sich vorstellen, dass die Amerikaner Gefangene in Geheimgefängnissen versorgen?»

«Möglich ist es. Es gibt Guantánamo. Es gibt die bekannten Fälle von Entführungen. Wie gesagt, möglich ist es. Aber nicht in Rumänien.»

Nach den Gesprächen fuhr ich ans Schwarze Meer nach Michael Kogalniceanu. Ich hatte ein paar junge Journalisten kennen gelernt, die den Ort kannten. Es war eine wunderbare Reise durch armselige Strassendörfer, in denen Bauern ihre Schweine trieben, vorbei an Pferdefuhrwerken, über den Limes der Vogelgrippe hinaus; unser Wagen wurde an einer Mautstelle desinfiziert. In Tusla am Schwarzen Meer, unweit von Kogalniceanu, inspizierten wir einen Sportflughafen, weil es Gerüchte gab, dass man aus den Hangars Schreie gehört hätte. Ich gab mich als Schweizer Geschäftsmann aus. Ein Wachmann mit einer Meute Hunde bewachte den Ort, der nicht aussah, als wäre in den letzten Jahren ein amerikanisches Flugzeug gelandet. Die Naturpiste war holperig. Der Wachmann holte den Besitzer, einen sympathischen Fluglehrer, mit dem ich über das Flugbusiness redete und was wir gemeinsam machen könnten. Er wirkte nicht wie ein Handlanger der CIA.

Michael Kogalniceanu ist ein grosser rumänischer Militärstützpunkt gleich neben dem zivilen Flughafen von Costanza. Im Moment sind nur wenig Mann dort. Der Stützpunkt wird umgebaut, um den Amerikanern übergeben werden zu können. In den letzten Jahren wurde Kogalniceanu von den USA als Zwischenlande- und Nachschubflughafen vor allem für Afghanistan benutzt. Ein paar Container oder einen Hangar als Gefängnis zu betreiben, wäre auf dem weitläufigen Gelände machbar gewesen. Die amerikanische Präsenz sei in den letzten Jahren spürbar gewesen, sagten auch die Leute im Dorf. Es gab sogar Heiraten, und die Kinder haben von den GIs gelernt, Pool zu spielen. Wir standen mit den Dorfbewohnern in der bitteren Kälte vor einem Alkoholausschank und tranken Glühwein. Einer der Kinder erzählte, sein Vater sei in Afghanistan und verteidige Rumänien vor den Muslimen. Wenn er erwachsen sei, gehe er auch dorthin, sagte der Junge und schoss mit einem imaginiären Maschinengewehr um sich.

Zurück in Bukarest erzählte mir die englische Journalistin von AP, ein amerikanischer Kriegsveteran, der mit einer Rumänin verheiratet sei, habe sich in Michael Kogalniceanu von amerikanischen Militärärzten medizinisch behandeln lassen und auf der Krankenstation Afghanen gesehen, die übel zugerichtet gewesen seien. «Vielleicht wurden sie gefoltert», habe er gesagt. Später habe der Mann seine Story dementiert, darum sei sie nie veröffentlicht worden.

Eingeweihte Regierungen

Auch Marty, dem ich von meinen Nachforschungen in Rumänien berichtete, hatte von der Geschichte des Kriegsveteranen gehört. Ein AP-Journalist in Brüssel habe sie ihm erzählt, sagte er, als ich ihn zu unserem letzten Gespräch in Bern traf. Sie seien jetzt an der langwierigen Arbeit, sagte er, die Daten von Eurocontrol auszuwerten, die alle Flugbewegungen der letzten Jahre registriert habe. Sein nächster Bericht an den Europarat sei für den Juni vorgesehen. Die Flugdaten für Rumänien hatte ich schon von Human Rights Watch erhalten. Es gab in der Tat einige Landungen von Flugzeugen von und nach Guantánamo, aber bewiesen war damit nichts. «Ich habe nie behauptet, Beweise zu haben», sagte Marty. «Und die Leute verstehen auch, dass mir die Mittel fehlen. Aber niemand sagt heute noch, dass nichts passiert sei. Ich bin überzeugt, mich für eine gerechte Sache zu schlagen. Früher oder später wird etwas herauskommen. Es braucht Geduld. Aber die Zeit arbeitet für mich.»

Dann zeigte er einen Artikel der «Sunday Times». Es ging um ein Dorf in Marokko, wo die Amerikaner im Geheimen daran seien, ein Gefängnis zu bauen. «Black Sites», sagte er.

«Die Franzosen sollten mehr darüber wissen», sagte ich, «die kennen sich in Nordafrika aus. Warum kann der Berichterstatter des Europarats nicht mit dem französischen Aussenminister darüber reden?»

«Weil ein Parlamentarier, der nicht einmal Franzose ist, vom Quai d'Orsay nie Informationen erhalten wird. Entschuldigen Sie, nicht einmal die Schweizer reden mit mir!»

Die Machtverlagerung in der Politik gäbe ihm zu denken, sagte Marty. Die Exekutive werde stärker, das Parlament schwächer. «Die Parlamentarier werden immer mehr zu Lobbyisten. Und für die Suche nach der Wahrheit gibt es keine Lobby. Ich weiss, dass es europäische Regierungen gibt, die von ihren Geheimdiensten einiges erfahren haben. Ich kann nur hoffen, dass jemand aus dem Kreis der Eingeweihten einmal mit mir redet.»

Den Artikel zu Marokko hatte ihm Guido Olimpio geschickt, ein Journalist des Mailänder «Corriere della Sera», langjähriger Israelkorrespondent, der ein Buch über die Entführung Abu Omars geschrieben hat. Nach meinem erfolglosen Abstecher nach Rumänien wollte ich Martys italienische Kronzeugen kennen lernen und habe an einem Wintertag Olimpio und Armando Spataro besucht, der in der Abu-Omar-Affäre gegen 22 Agenten und Agentinnen der CIA ermittelt.

Spataro leitet die Antiterrorereinheit der Mailänder Staatsanwaltschaft. An der Wand des riesigen Büros aus der Zeit des Faschismus hing die Dienstpistole neben dem Bild von Norman Rockwell mit dem schwarzen Mädchen und ihrer weissen Polizeieskorte auf dem Schulweg in Little Rock. «Ein Jahr lang haben sie die Kleine begleitet, bis der Widerstand der Weissen aufhörte», sagte Spataro. «Ich liebe dieses Land. Amerikanische Filme. Amerikanische Musik. Das ist wohl meine Generation.» Dott. Spataro, ein gut aussehender Südtaliener etwas über fünfzig, arbeitet seit bald dreissig Jahren immer an vorderster Front. Rote Brigaden, organisiertes Verbrechen, muslimische Netzwerke. Er war etwas erkältet, was seinen Blick noch verträumter machte. «Diese Grippe bringt mich um», sagte er.

Abu Omar gehörte in Ägypten der Muslimbruderschaft an. Er wurde mehrmals verhaftet und gefoltert. Auf dem Umweg über Albanien flüchtete er mit seiner Familie nach Italien, wo er politisches Asyl erhielt. Er predigte in der Mailänder Moschee und rekrutierte Jugendliche für eine islamistische Aktionsgruppe. Seine Schritte wurden von der Polizei beobachtet, die ihn machen liess, um Aufschlüsse über das Netzwerk der italienischen Hardcore-Muslime zu erhalten.

Warum die CIA beschloss, Abu Omar zu kidnappen, obwohl ihn die Italiener im Griff hatten, ist unklar. Guido Olimpio vermutet, Omar sei ein Opfer der Sicherheitsbürokratie geworden. «Sein Name ist auf der Liste, also machen wir weiter, haben sie sich gesagt. Man erkennt auch die etwas messianische Denkweise der amerikanischen Regierung. Die Entführung ist eine Mitteilung an die Muslime, aufzupassen.»

Spataros Leute haben rund zehntausend Natel-Anrufe ausgewertet, die in der Umgebung von Abu Omars Entführungsort gemacht wurden. Am Computer zeigte er, wie sie auf die Nummern gestossen sind, die regelmässig miteinander in Kontakt standen. Die Apparate gehörten fingierten Besitzern mit erfundenen Namen, trotzdem war es möglich, Kreditkarten, Mietwagen, Hotels, Flugtickets der Agenten ausfindig zu machen. «Eine hervorragende kriminalistische Leistung der Justizpolizei», sagte Spataro. «Dazu lieferte die Flugsicherung Informationen, die wir brauchten, um Abu Omars Transport vom Luftwaffenstützpunkt Aviano über Rammstein nach Kairo zu rekonstruieren.» Am nächsten Tag flog auch der Leiter des Unternehmens, ein CIA-Agent namens Robert Lady, nach Kairo. Ein Jahr nach der Entführung rief Abu Omar seine Frau an. Er sei jetzt in Ägypten und unter Hausarrest, sagte er. Die Geheimpolizei habe ihn gefoltert. Die Italiener hörten das Gespräch ab.

«Wie können Sie sicher sein, dass Abu Omar wirklich in diesem Flugzeug nach Kairo war?»

«Es gibt keine andere Möglichkeit», sagte Spataro. «Wir kontrollierten den Telefonverkehr bis Aviano. Wir haben die Nummern der Mietwagen. Wir haben übereinstimmende Angaben von vier zivilen und militärischen Luftfahrtbehörden.»

«Aber Abu Omar rief erst ein Jahr später seine Frau an», sagte ich.

«Was hätte er machen sollen? Er war im Gefängnis», sagte Spataro. «Aber Robert Lady war am nächsten Tag in Kairo. Wir haben seine Hotelrechnungen. Wir haben sein Flugticket. Die Passagierliste. Wir haben Telefonanrufe von seinem Natel aus mit Leuten der ägyptischen Sicherheitspolizei und mit der CIA-Zentrale in Virginia. Es gibt keinen Zweifel. Abu Omar wurde entführt und der ägyptischen Geheimpolizei ausgeliefert. Im Frühling werde ich Anklage erheben. Im Sommer dürfte es zum Prozess kommen. Meines Wissens ist es das erste Mal, dass die CIA sich vor einem europäischen Gericht verantworten muss.»

Ich fragte Spataro, ob es ihn gereizt habe, gegen die CIA eine Untersuchung zu führen. «Ich hatte keine andere Wahl. Entführung ist ein Offizialdelikt», sagte er. «Zweitens bin ich mit der Strategie der Amerikaner nicht einverstanden. Man kann den Terrorismus mit den Mitteln des Rechtsstaats besiegen, wir haben das in Italien gezeigt. Man kann die Terroristen von der Mehrheit der Muslime, die ein Leben im Rahmen des Gesetzes führt, nur isolieren, wenn man sich selber an die Gesetze hält. Als ich hier meinen Job antrat, gab es jede Woche zehn Tote. Sehen Sie die Fotografie drüben an der Wand? Das ist mein damaliger Vorgesetzter. Er hat mir viel beigebracht. Er wurde von Prima Linea erschossen. Wir haben die Mörder vor Gericht gestellt.»

«Spataro hat Indizien, aber keine Beweise», sagte ich, als ich bei unserem letzten Gespräch Marty von der Reise nach Mailand erzählte.

«Aber die Indizien sind stichhaltig», sagte er. «Wäre ich noch Staatsanwalt, würde ich auch Anklage erheben. 95 Prozent der Mordprozesse werden auf Grund von Indizien geführt. Würden wir nur auf Augenzeugen abstellen, wäre die Welt voll mit Mördern, die frei herumlaufen.»

«Was haben Sie in diesen letzten Monaten gelernt?», fragte ich. Marty seufzte und schwieg. Dann sagte er: «Dass ich vielleicht ein falsches Bild von der Schweiz habe. Ich habe gehört, dass Schweizer Botschafter an die Zentrale nach Bern geschrieben haben, ich könnte dem Image der Schweiz schaden. Vielen Politikern hat missfallen, dass ich mich mit diesem Dossier befasse, auch Leuten in unserer Regierung. Es wäre schöner gewesen, wenn mein Land etwas anders wäre. Wir hätten die Gelegenheit gehabt, Millionen von Menschen Kraft zu geben, wenn wir gesagt hätten: Halt, das geht nicht! Aber nein, ein Bundesrat meinte, wir seien nicht der Heilige Stuhl der Menschenrechte. Und Frau Calmy-Rey, die dauernd von Menschenrechten spricht, hat die Überflugrechte der Amerikaner verlängert. Wissen Sie, es ist einfach, im Fall von Burma für die Menschenrechte zu sein! Die Amerikaner hätten uns Garantien gegeben, sagte Calmy-Rey, dass keine entführten Gefangenen über Schweizer Gebiet geflogen würden. Ich wette, diese Garantien liegen nicht schriftlich vor. Vielleicht hat ein amerikanischer Diplomat ein paar nette Worte gesagt.»

Ich wollte Martys Vorwürfe nicht stehen lassen und schrieb an Bundesrätin Calmy-Rey. «Mein Departement», mailte sie zurück, «hat Ständerat Marty mit allen Informationen und Materialien, die uns zur Verfügung stehen, versorgt. Ich hoffe, dass Ständerat Marty im Rahmen seines Mandates neben der Erzeugung einer grossen Medienaufmerksamkeit auch mehr Licht ins Dunkle bringen und insbesondere Beweise erbringen kann. Diskussionen und Medienberichte über scheinbar Tatsächliches und Vermeintliches gibt es genug – was wir brauchen, ist Klarheit. Wir haben keine Beweise, nur Indizien.» Auch Martys Wette hatte ich an Micheline Calmy-Rey weitergeleitet. Sie antwortete, die USA hätten eine allgemeine schriftliche Erklärung an verschiedene Staaten zur Situation in Guantánamo und zum Thema «extraordinary renditions» abgegeben. «Dazu kommt, dass wir verbindliche Zusagen eines hohen Beamten im USAussenministerium erhalten haben.»